

Antikapitalistisch ist nicht revolutionär genug!

Vor kurzem wurde an verschiedenen Stellen im Netz ein Papier eines Diskussionskreises um Michael Prütz ([1](#), [2](#), [3](#), [4](#); vgl. [5](#)) veröffentlicht – Titel: *Neue Antikapitalistische Organisation? Na endlich! Worüber müssen wir uns verständigen und worüber nicht*. Plädiert wird für eine „solidarische und kontroverse, ergebnisoffene und zielgerichtete Debatte“ zwischen „Marxismus‘ und ‚Autonomie‘, Links-Sozialisten / Links-Kommunisten und Bewegungslinke“. Veröffentlicht wurde der Text von den online-Zeitschriften [trend](#), [Linke Zeitung](#) (wo es in den Kommentaren eine LeserIn-Diskussion zu dem Text gibt) sowie [scharf-links](#) (wo auch zwei daran anschließende Texte veröffentlicht wurden) und den blogs [Rappelkiste](#) (bei [blogsport.de](#)) und [Rote Predigt](#) (bei [over-blogs](#), die zu dem social bookmark-Dienst [wikio](#) gehören) ; [Entdinglichung](#) verlinkte den Text.

Diese paar Veröffentlichungsorte und Antworten sind zwar bei weitem nicht die Resonanz auf das Papier, die notwendig wäre, um jene Idee mehr als eine *Idee* sein zu lassen. Ich will mir aber trotzdem nicht zu schade dafür sein, fünf Anmerkungen zu dem Text zu machen. Denn die generelle Überzeugung, daß es einer linken Struktur bedarf, die programmatisch links von der Linkspartei (m.E. auch links von der Interventionistischen Linken [IL]) steht, die verbindlicher organisiert ist als die autonome Szene (und ebenfalls verbindlicher als die IL), aber im Gegensatz zu der Revolutionären Linken um die Zeitschrift *radikal* nicht klandestin organisiert, sondern in Demonstrationen, Veranstaltungen und Bündnissen auch persönlich (in Form von für sie einstehenden Mitgliedern) sicht- und ansprechbar ist, würde ich teilen. Was die inhaltliche Ausrichtung anbelangt, hört sich, „die eigenen revolutionären Positionen wieder mit *ein wenig* mehr Selbstbewusstsein zu vertreten“ (Hv. hinzugefügt), für meinen Geschmack allerdings noch zu zaghaft an. –

Hier also meine fünf Anmerkungen:

Anmerkung 1 – Zur Einschätzung der gesellschaftlichen Lage:

Positiv hervorzuheben ist die deutlich realistischere Lageeinschätzung, die sich vom linken ‚Krisenoptimismus‘ vieler Texte der letzten Zeit abhebt: „Das zugegebenermaßen handwerklich sehr geschickte Krisenmanagement (Abwrackprämie, Verlängerung des Kurzarbeitergeldes, kein Frontalangriff auf die regulär Beschäftigten, sondern auf die Marginalisierten) konnte sich [...] nicht nur auf die deutsche Gewerkschaftsbürokratie (insbesondere der IGM), sondern auch auf die Stimmung in vielen Betrieben stützen – ‚Lieber den eigenen Standort sichern als kämpfen‘ lautete vielfach die Losung. Und es scheint ja zu funktionieren: Moderate Lohnerhöhungen wie bei VW und Sonderzahlungen wie bei Daimler lassen ein ‚Krisengefühl‘ erstmal nicht aufkommen.“

Trotzdem scheint mir aber auch dieser Text noch zu optimistisch zu sein, wenn es weiter unten heißt: „Den Stand des Klassenbewusstseins bringt Kollege Riexinger

sehr schön auf den Punkt: ‚Die Leute sagen, so wie die Franzosen müssten wir’s machen‘ – was zweierlei zum Ausdruck bringt: Wir haben die Schnauze voll, aber es wäre schon schön, wenn andere für uns kämpfen.“ Und mehr noch, wenn es später – anscheinend noch weitergehend – heißt: „Wir treten ein in eine Phase von Revolution und Konterrevolution.“, ohne auch nur die Wörter „Phase“ und „Revolution“ (Politische Revolutionen [,regime changes']? Oder Umwälzungen der Produktionsverhältnisse?) zu erläutern. – Auch diese Formulierungen, vom Ende des Textes, scheinen mir allzu allgemeine (und insofern voluntaristische Schlußfolgerungen nahelegende) Wahrheiten zu sein: „Keine Angst vor der eigenen Courage. Eigentlich muss mensch nur zwei Sachen wissen, um loszulegen: ‚Eure Ordnung ist auf Sand gebaut‘ und ‚Etwas Besseres als den Tod finden wir überall‘.“

Anmerkung 2 – Zur Einschätzung der Lage der Linken:

Die Autoren (der Text verwendet als Selbstbezeichnung die männliche Form „Diskussionszusammenhang von mittelalten bis älteren Genossen, die vorwiegend linkssozialistisch / trotzkistisch sozialisiert sind“) schreiben:

„Die Geschichte hat die unschöne Eigenschaft, sich öfter nicht an die ‚Geschichtsfahrpläne‘ studierter MarxistInnen zu halten [...]. Ergeben sich realistische Möglichkeiten revolutionärer Organisierung, muss Mensch auch mal zugreifen, denn solche ‚Zeitfenster‘ bleiben nicht ewig offen.“

Das ist wohl wahr, nur habe ich nirgends in dem Papier eine klare Darlegung gefunden, warum dieses „Zeitfenster“ im Moment vorhanden bzw. offen sein soll.

Im ersten Satz des Papiers heißt es zwar: „Teile der (post)autonomen Bewegung / der radikalen Linken diskutieren z. Z. sehr ernsthaft die ‚Organisationsfrage‘ (die AVANTIS sprechen sogar von einem ‚Neuen kommunistischen Projekt‘), was wir auf’s Schärfste begrüßen.“ Aber der einzige konkrete Bezugspunkt dafür ist ein bereits 7 Jahre altes AVANTI-Papier: „Allerdings gestaltete sich die ‚Quellenlage‘ für uns etwas schwierig – der programmatische ‚Output‘ der (Post)autonomie zur beginnenden Diskussion ist recht überschaubar (vielleicht liegt das auch daran, dass die Debatte – noch – etwas ‚klandestin‘ geführt wird). Fündig wurden wir bei AVANTI, nämlich dem [Grundsatzpapier vom Mai 2004](#), mit welchem wir – was uns selbst überrascht hat – ein hohes Maß an Übereinstimmung festgestellt haben.“ (link hinzugefügt, TaP).

Außerdem wird behauptet: „Während in den 1970er Jahren die im Wochentakt erfolgten Parteigründungen sich gegenseitig in die ‚Fischmehlfabrik‘ expedieren wollten, kooperieren heute etwa in den Anti-Krisen-Bündnissen der Attac’ler mit dem DKP’ler oder der junge Autonome mit dem Verdi-Funktionär.“

Das erscheint mir nicht plausibel: Auch die Fischmehl-K-Gruppen hatten in Bonn immerhin gemeinsam gegen ihr Verbot demonstriert; Bündnisse mit Beteiligung von Autonomen, Grünen und [Kommunistischem Bund \(KB\)](#) waren keine Seltenheit; es gab breite linke Bündnis-Demos mit autonomen Schwarzen Blöcken, aber

ebenso DKP-Blöcken und sogar SPD-Beteiligung; allerdings gab es auch immer wieder Streit über die „Gewaltfrage“.

Wenn heute also in „Anti-Krisen-Bündnissen der Attac'ler mit dem DKP'ler oder der junge Autonome mit dem Verdi-Funktionär“ diskutiert und demonstriert, dann scheint mir das nichts grundlegend anderes zu sein und vor allem für ein *Organisierungs-* (und nicht nur *Bündnis*)projekt gar nichts zu heißen.

Anmerkung 3 – Zum Verhältnis zur Linkspartei und überhaupt zu Bündnissen:

Mehr sagt mir zu, was in dem Papier zur Linkspartei im besonderen und zu Bündnissen im allgemeinen gesagt wird:

► Es soll um eine organisatorische (aber, wenn ich das Wort [neue antikapitalistische] „Organisation“ [nicht: „Partei“] richtig deute, auf absehbare Zeit nicht: wahlpolitische¹) Alternative zur Linkspartei gehen:

„wenn wir nicht oder nicht gut genug erklären können, warum AntikapitalistInnen bei uns und nicht bei der LINKEN mitmachen sollen, können wir gleich wieder einpacken.“

► Es soll auch nicht um ein Bewegungsanhängsel der Linkspartei bzw. gar einer rot-rot-grünen Regierung gehen:

„Wenn das Konzept der ‚Mosaik-Linken‘ so aussieht, dass die einen in der Regierung ‚Sachzwänge‘ exekutieren und die anderen auf der Strasse dagegen protestieren und hinterher setzen wir uns zusammen und reden mal drüber – dann sollten wir uns von derartigen Veranstaltungen lieber fernhalten.“

► Die Linkspartei soll aber nicht zum neuen Hauptfeind erkoren werden:

„Auch wenn es nervt, wir sagen es noch mal, eine unsektiererische Politik gegenüber der LINKEN wird die erste und größte Herausforderung für das neue Projekt, so es denn tatsächlich an den Start geht. Natürlich treten wir in Konkurrenz zur LINKEN (sonst bräuchten wir ja gar nicht loslegen), aber nach unserer festen Überzeugung muss das neue Projekt glaubhaft rüberbringen, dass es sich um eine sozusagen ‚solidarische Konkurrenz‘ handelt.“

► Und es wird klar, daß die Phrase von der „Einheitsfront von unten“ in der *politischen Praxis* nichts anderes bedeutet als – gar keine Einheitsfront:

„Einheitsfront von unten‘ ist bis heute das Credo aller Ultralinken. Motto: Einheit mit sozialdemokratischen Arbeiter oder Basisgliederungen? Bitte gerne, aber niemals mit ihren verräterischen Führungen! Das ist genau das, was Einheitsfront-Politik nicht ist. Es setzt nämlich voraus, was fehlt: Den klaren Bruch der Basis reformistischer Organisationen mit ihrer Führung.“

Und dagegen wird richtigerweise gesetzt:

„Angebote zur Einheit müssen sich immer an die gesamte Organisation incl. Ihrer Führung richten. Lehnt die Führung ab, muss sie das den eigenen Leuten erklären

¹ Im übrigen wird die wahlpolitische Bedeutung der Linkspartei explizit anerkannt: „Zum ersten Mal nach dem zweiten Weltkrieg gibt es eine wahlpolitisch relevante Partei links von der Sozialdemokratie in der Bundesrepublik, von der Episode der Grünen in den 80ern abgesehen.“

– nimmt sie an, läuft sie immer Gefahr, dass in der gemeinsamen Aktion eine Dynamik entsteht, die sich nicht mehr oder schwer kontrollieren lässt.“

► Etwas in Unklarheit bleibt allerdings, was (definitiv) den Unterschied zwischen einer „Einheitsfront“ und einer „Aktionseinheit“ ausmacht: Auf welche Themen oder Gegenstände (oder was auch immer) bezieht sich „Einheitsfront“? Und auf was „Aktionseinheit“?

Gesagt wird ausschließlich, daß ein unterschiedlicher Kreis von Beteiligten in Betracht kommt (auch dem ist zuzustimmen): „Konstituierendes, unverzichtbares Element der Einheitsfrontorientierung ist das Prinzip der Klassenunabhängigkeit – ‚Einheitsfront‘ mit bürgerlichen, kapitalistischen Parteien ist ‚Volksfront‘. Das heißt allerdings nicht, SPD und GRÜNE aus Aktionseinheiten auszugrenzen (genauso wie keiner was dagegen hat, wenn kritische CDU’ler bei den Protesten gegen ‚Stuttgart 21‘ mitmachen).“

Darüber hinaus dürfte auch noch klar sein, daß eine „Aktionseinheit“ etwas kurzfristig-punktuell und eine „Einheitsfront“ etwas mittel- bis langfristiges ist. Bleibt aber trotzdem die Frage: *Wofür* kommen Einheitsfronten in Betracht? (Wie) unterscheidet sich eine „Einheitsfront“ organisatorisch von einer bloßen „Aktionseinheit“? Bedeutet „Einheitsfront“ auch eine größere organisatorische Festigkeit des Zusammenhalts als „Aktionseinheit“? Und *wofür* muß/sollte sich auf letzteres (die Bündnisform der „Aktionseinheit“) beschränkt werden?

Also ganz praktisch gefragt: *Was* darf auch mit kritischen Unions-Leuten, mit SPDlerInnen und Grünen gemacht werden, soweit hinreichende inhaltliche Konvergenzen gegeben sind? Und *was* darf mit ihnen selbst dann *nicht* gemacht werden, wenn inhaltliche Gemeinsamkeiten gegeben sind? *Was* ist zulässige Aktionseinheit? Und *was* unzulässige Einheitsfront?

Oder ist es einfach so, daß alles (egal was), was mit Beteiligung von Grünen usw. gemacht wird, Aktionseinheit *genannt* wird? Und alles (egal was), was ohne deren Beteiligung gemacht wird, Einheitsfront *genannt* wird? – Oder gibt es auch inhaltlich-organisatorische Unterschiede zwischen beiden Bündnistypen?

Anmerkung 4 – Zum Konflikt ‚Anti-Deutsche‘ vs. ‚Antiimperialisten‘:

Klar und richtig erscheint mir die doppelte Abgrenzung von ‚Anti-Deutschen‘ (jedenfalls jenen ‚Anti-Deutschen‘, die gar nicht mehr anti-deutsch sind) und jenen AntiimperialistInnen, die *nichts anders* als „Antiimperialismus“ zu bieten haben: „Dem ganz breiten ‚anti-imperialistischen‘ Bündnis von Kim über Ahmadinedschad und Lukaschenko bis Scheich Nasrallah sollte unser ‚Projekt‘ keinesfalls beitreten. Wir sollten uns klar gegen diese außenpolitische Linie der ‚Jungen Welt‘ und die Argumentation der ‚Anti-Imps‘ stellen, denn für uns hören die Klassengegensätze nicht an den Grenzen des Trikont auf zu existieren [...]. Diese klare Frontstellung muss sich allerdings ihrerseits scharf distanzieren vom militanten ‚Anti-Anti-Imperialismus‘ der so genannten ‚Anti-Deutschen‘, die eben keine ‚linken Anti-Deutschen‘, sondern ‚(verdammte) deutsche Anti-Linke‘ sind. In ihren schärfsten Ausformungen handelt es sich um offenen Pro-Imperialismus.“

Anmerkung 5 – Zum neu-alten ‚Hauptwiderspruch Kapitalismus‘:

Die Verfasser werfen in einem – so betitelten – Unterabschnitt zum Abschnitt „Klasse, Prekariat, soziale Bewegung“ ernstlich erneut die Frage, „Triple Oppression oder Hauptwiderspruch?“, auf.

a) Schon bevor der fragliche Unterabschnitt beginnt, heißt es in dem Text bereits: „ArbeiterInnen sind nicht besser, schöner oder klüger als Feministinnen oder Anti-Atom-Aktivisten, aber als Mehrwertproduzenten sind sie die einzigen, die die Herrschaft des Kapitals unmittelbar und direkt in Frage stellen (können).“

Dies ist so wahr wie banal. Nur ist damit noch nicht begründet, was anscheinend damit zugleich ausgesagt werden soll – nämlich: (1.) Feminismus ist auf einer Ebene mit Anti-Atom-Aktivismus anzusiedeln und (2.) die Beseitigung der Herrschaft des Kapitals sei irgendwie (wichtiger [?] oder) grundlegender (oder dringender [?]) als die Beseitigung der Herrschaft der Männer.

Und, daß diese beiden Botschaft mitgemeint sind, zeigt sich spätestens, wenn es auf der nächsten Seite heißt: „Die LohnarbeiterInnenklasse ist nach wie vor das ‚eine‘ revolutionäre Subjekt auch wenn sich ihr ‚Gesicht‘ seit 1970 und erst recht seit 1917 dramatisch verändert hat.“

Das mit dem Wandel des Gesichts der Klasse der Lohnabhängigen ist allerdings wahr. Und wahr ist auch, daß, falls überhaupt irgendjemandE das kapitalistische Klassenverhältnis umstürzen wird, es genau diese Klasse sein wird.

Damit ist aber noch nicht gesagt, daß es z.Z. nur *ein* zu revolutionierendes gesellschaftliches Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnis, nämlich das kapitalistische Klassenverhältnis, und folglich nur *eine* Revolution und *ein* potentiell, so ist hinzuzufügen, revolutionäres Subjekt gibt.

So wahr, wie es ist, zu sagen, daß die Nutzung von Atomenergie keine gesellschaftliche Struktur (sondern ein konjunkturelles *Symptom* der gesellschaftlichen Strukturen) und die Anti-AKW-Bewegung (*als* Anti-AKW-Bewegung) folglich auch kein revolutionäres Subjekt ist, so unzutreffend wäre es, das Gleiche über das patriarchale Geschlechterverhältnis und den Feminismus zu sagen.

b) Die Papierverfasser gestehen sogar zu: „Frauenunterdrückung und Rassismus sind sehr viel älter als der Kapitalismus und werden auch nach seinem hoffentlich baldigen Ende nicht automatisch verschwinden.“

Und trotzdem legen sie Wert auf die Formulierung: „Natürlich gibt es *im* Kapitalismus ‚Triple Oppression‘.“ Wenn wir die mit dem Begriff der „Unterdrückung“ verbundenen theoretischen Probleme hier für einen Moment beiseitelassen und „*oppression*“ einfach mal als Oberbegriff für „Herrschaft und Ausbeutung“ auffassen, so ist jedenfalls der Unterschied zwischen der von den Papierverfassern gemachten Aussage, „Natürlich gibt es *im* Kapitalismus ‚Triple Oppression‘.“, und der *nicht* gemachten Aussage „Der Kapitalismus ist ein Element der ‚Triple Oppression‘“ auffällig.

Der Hinweis auf diesen Unterschied macht deutlich, daß an der tatsächlich gemachten Aussage ‚etwas nicht stimmt‘: Denn, wenn wir mal annehmen, daß mit den drei Unterdrückungen Kapitalismus, Patriarchat und Rassismus gemeint sind, so läuft die von den Papierverfassern tatsächlich gemachte Aussage auf die etwas merkwürdige, teil-tautologische Formulierung hinaus: „*Im Kapitalismus gibt es Kapitalismus, Patriarchat und Rassismus.*“

c) Die Papierverfasser sagen weiter: „Eine schwarze Arbeiterin ist ohne Zweifel ‚dreifach unterdrückt‘ – als Arbeiterin, als Frau und als Schwarze.“

Ja, zweifelsohne; aber damit ist das entscheidende – jedem *Primat des Klassenkampfes*, jeder These vom *Hauptwiderspruch Kapitalismus* entgegenstehende – Punkt noch nicht erfaßt: Auch die schwarze Bourgeoise-Frau wird als Frau und Schwarze von (weißen sowie schwarzen) Männern und Weißen (Frauen wie Männern) **jedenfalls beherrscht (ob auch „ausgebeutet“, lasse ich an dieser Stelle der Einfachheit halber offen).**

Und entsprechend ist auch die weiße Bourgeoise-Frau von Männern und der schwarze Bourgeois-Mann von Weißen beherrscht.

Und mehr noch: Auch im Fall der schwarzen Arbeiterin haben wir es nicht einfach mit der Addition von drei Unterdrückungen zu tun, sondern: die Überlagerung mehrerer Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse bewirkt nicht deren schlichte Addition, sondern deren gegenseitig Modifikation: Das Patriarchat ‚funktioniert‘ in der ArbeiterInnenklasse *anders* als in der Bourgeoisie, aber es ‚funktioniert‘ in *beiden* Klassen.

Dies wird übersehen, wenn der Ausdruck „*triple oppression*“ – wie anscheinend von den Papierverfassern – nur als Fortschreibung der marxistischen These von der „doppelten Unterdrückung“ der Frau² aufgefaßt wird.

d) Weiter wird in dem Papier ausgeführt: „Wenn wir sagen, auch eine noch so erfolgreiche Bearbeitung der Kategorien ‚Geschlecht‘ und ‚Rasse‘ führt alleine nicht zum Sturz des Kapitalismus, dann heißt das nicht, den Kampf gegen Sexismus, Rassismus, Frauenunterdrückung auf den Sankt-Nimmerleins-Tag (‚nach der Revolution‘) zu verschieben.“

Auch dies ist zweifelsohne wahr. Nur würde (1.) die in der ersten Satzhälfte kritisierte Auffassung ja auch auf die These von einem einzigen Hauptwiderspruch Rassismus oder einen einzigen Hauptwiderspruch Patriarchat hinauslaufen – was aber ohnehin allenfalls von marginalen Sektoren der Linken behauptet wird. Die zwar *denkbare*, aber nicht einzig denkbare Alternative dazu ist die These vom Hauptwiderspruch Kapitalismus.

² Die [Redaktion der Zeitschrift *Perspektiven* wies 1988](#) (S. 8) auf folgendes hin: „Hat August Bebel die doppelte Unterdrückung mit vergleichsweise gesundem Menschenverstand als Unterdrückung durch das Kapital einerseits und Männer andererseits beschrieben [...], so wurde diese Definition später praktischerweise abgewandelt. Danach würden Frauen doppelt vom Kapital ausgebeutet und unterdrückt: als Verkäuferinnen ihrer Arbeitskraft und als Geschlechtswesen.“

Vorzuziehen ist freilich diese These von der strukturellen Gleichrangigkeit von Klasse, Rasse, Geschlecht/Sexualität.

Und zum (2.) ist ebenso wahr: „Wenn wir sagen, auch eine noch so erfolgreiche Bearbeitung der Kategorien ‚Klasse‘ führt alleine nicht zum Sturz des Patriarchats und zur Beseitigung von Rassismus, dann heißt das nicht, den Kampf gegen Kapitalismus auf den Sankt-Nimmerleins-Tag („nach der Revolution“) zu verschieben.“

e) Die Verfasser plädieren für eine Vergesellschaftung von Hausarbeit statt für die Forderung nach „Lohn für Hausarbeit“.

aa) Was die Ablehnung der letztgenannten Forderung anbelangt, so ist den Verfassern zuzustimmen. Allerdings wird jene Forderung ja auch nur von wenigen Feministinnen erhoben, während viele Feministinnen vielmehr davor warnen, daß „Lohn für Hausarbeit“ gerade zu einer *Verfestigung* der geschlechtlichen Arbeitsteilung und nicht zu einer Überwindung des Patriarchats führen würde.

Zurecht kritisieren die Verfasser auch die von AVANTI vertretene Auffassung (?) oder – wie vielleicht besser zu sagen ist – gewählte Formulierung: „Mit der Reproduktionsarbeit wird die ‚Ware Arbeitskraft‘ (die der Lohnarbeiter verkauft) erst hergestellt. Daher befindet sie sich eigentlich auch im Kreislauf der Mehrwertproduktion.“ Satz 1 des AVANTI-Zitates ist wahr. Satz 2 ist ‚wahr‘, wenn das Wort „eigentlich“ dick unterstrichen und damit ausgedrückt wird, daß dies eine metaphorische und nicht analytische Redeweise ist.

Die Hausarbeit ist keine Ware (sei es denn sie würde in ein Lohnarbeitsverhältnis zwischen den sie Leistenden und den sie Bekommenden/Konsumierenden [bzw. etwaigen ‚ZwischenhändlerInnen‘] umgewandelt), und deshalb hat der Begriff „Mehrwertproduktion“ in dem Zusammenhang nichts zu suchen.

Im Gegensatz zur Neigung von Anti-Marxistinnen vom Marxismus zu *erwarten* (und den Marxismus wegen Verfehlung dieser Erwartung zu verwerfen) und von Marxistinnen zu *beanspruchen*, daß der Marxismus alle Fragen (jedenfalls auf gesellschaftsanalytischem Gebiet) beantworten könne, sollte die begrenzte Reichweite des Marxismus anerkannt werden. MarxistInnen mögen als PolitikerInnen etwas zur Hausarbeit zu sagen haben; der Marxismus als wissenschaftliche Theorie eines spezifischen Gegenstandes, der Klassenverhältnisse, vorrangig sogar des kapitalistischen Klassenverhältnisses, hat zum Thema „Hausarbeit“ kaum etwas Relevantes zu sagen – und das ist aber auch kein Drama:

Das patriarchale Geschlechterverhältnisse ist eben nicht dasselbe wie das kapitalistische Klassenverhältnisse und deshalb benötigen wir zur Analyse beider unterschiedliche (und jeweils präzise definierte) Begriffe (und nicht eines metaphorischen Begriffstransfers hin und her).

bb) Was die Forderung nach Vergesellschaftung der Hausarbeit anbelangt – für die vieles spricht, soweit sie überhaupt sinnvoll möglich ist –, so ist für Feministinnen *als Feministinnen* allerdings das wichtigere Anliegen, daß die (ehemalige)

Hausarbeit, egal ob sie (weiterhin) in den einzelnen Haushalten oder haushaltsübergreifend (vergesellschaftet) erledigt wird, auf Männer und Frauen gleichmäßig verteilt wird und diese Arbeit nicht – [wie es Lenin ausdrücklich noch propagiert hatte](#) (S. 336, FN 50) – keine Frauendomäne bleibt.

So *mag* also auch das folgende politisch richtig (Satz 1) und analytisch wahr (Satz 2) sein: „Hausarbeit gehört abgeschafft und vergesellschaftet, sprich ausgelagert und professionalisiert. Das wird im Kapitalismus nicht funktionieren,“ Vollständig *mag* das im Kapitalismus vielleicht nicht funktionieren, aber diese *Tendenz* können wir ja gerade *live* beobachten: Pflegeversicherung; Putzfrauen und andere „haushaltsnahen Dienstleistungen“.

Aber: Selbst wenn der (erste Halbsatz des) zweite(n) Satz(es) wahr ist, folgt daraus nicht die Schlußfolgerung, die die Papierverfasser daraus ziehen: „... , weshalb es für uns dabei bleibt: Ohne Sozialismus keine Befreiung der Frau, ohne Befreiung der Frau kein Sozialismus.“

Abgesehen von dem fragwürdigen Kollektivsingular („die Frau“ ist genauso eine Fiktion wie „der Arbeiter“): Es ist keinesfalls ausgemacht – und auch von den Verfassern *nicht einmal behauptet* worden –, daß die Überwindung des Patriarchats ausschließlich durch Vergesellschaftung der Hausarbeit und nicht auch durch Gleichverteilung privater Hausarbeit (+ jeweils weitere Maßnahmen) möglich ist.

Zutreffend ist allerdings, daß Frauen, soweit sie Lohnarbeiterinnen sind, *als Lohnarbeiterinnen* ausgebeutet bleiben, solange der Kapitalismus besteht, und in diesem Sinne gilt selbstverständlich: Ohne Sozialismus keine Befreiung von Frauen (und Männern) *vom Kapitalismus*.

f) In Entsprechung dazu, daß die Verfasser ausgerechnet den Sozialismus zur Bedingung der „Befreiung der Frau“ erklären („Ohne Sozialismus keine Befreiung der Frau“), sagen sie umgekehrt über den „klassenunspezifischen Feminismus“: „Und drittens zeigt sich hier [an den – vielfach migrantischen – (unter)bezahlten / überausgebeuteten Hausarbeiterinnen] deutlich, dass ‚Frauenförderung‘ unter kapitalistischen Vorzeichen bzw. ein Mainstream gewordener klassenunspezifischer Feminismus nur neue, größere soziale Ungleichheiten / Diskriminierungen hervorruft.“

Dem ist entgegenzuhalten: Dieser Feminismus ist gerade nicht klassenindifferent – was entgegen der Ansicht der Papierautoren *richtig* wäre –, sondern er hat eine *Klassen-bias*.

Klassenindifferenten Feminismus hieße gegen die Männer und für deren Übernahme von 50 % der Haus- und Erziehungsarbeit zu kämpfen. Und das wäre richtig. – Pseudofeministische Schichten- oder Klassen-³ und Rasseninteressen werden dagegen verfolgt, wenn die Umverteilung von Hausarbeit von weißen, aka-

³ Hier ist eher von Schichten- als von Klasseninteressen zu sprechen: Für Bourgeoise-Frauen ist es keine neue, erst in der neoliberalen Epoche aufkommende Erfahrung, über Hauspersonal zu verfügen. Womit wir es vielmehr zu tun haben, ist der verstärkte Einkauf von persönlichen Dienstleistungen durch die Hochlohn-Segmente der Klasse der Lohnabhängigen.

demisch ausgebildeten Frauen auf schwarze Frauen (die trotz ihrer hiesigen Haushaltstätigkeit oft akademisch ausgebildet sind) und nicht-akademisch ausgebildete weiße Frauen betrieben wird.

Um ein bißchen zu provozieren: Mehr Sozialismus ist natürlich nie schlecht; aber: was wir in dem Fall brauchen, ist nicht in erster Linie mehr Sozialismus, sondern mehr Feminismus, mehr Männerfeindlichkeit und weniger ‚Umverteilung innerhalb eines Geschlechts‘ (hier: dem der Frauen).

Im übrigen ist noch anzumerken: Der/die typische KäuferIn der verschiedenen „haushaltsnahen Dienstleistungen“ dürfte – wegen der fortbestehenden Frauenlohndiskriminierung – weiterhin nicht die Klischeefigur der „feministischen Karriere-Single-Frau“, die arme Proletarierinnen ausbeutet sein, sondern heterosexuelle und schwule Single-Männer, schwule Haushalte mit mehreren Lohneinkommen sowie heterosexuelle Paare mit zwei Einkommen.

g) Im Hintergrund der Haltung der Verfasser zum Feminismus dürfte die Postmoderne-Kritik von Ellen Meiksins Wood stehen, auf die sich die Papier-Autoren an anderer Stelle des Textes ausdrücklich berufen: „Wenn Postmodernisten auf Fragmentierung und ‚Differenz‘ beharren, meinen sie, neben anderem, auch, dass es so etwas wie ein ‚totalisierendes‘ System des Kapitalismus nicht gibt, ein System, das seine eigene, vereinheitlichende Logik, seine eigenen Bewegungsgesetze der Gesamtheit der Gesellschaft aufzwingt. Was sind also die Implikationen einer solchen Sichtweise? Meines Erachtens, dass es kein übergreifendes Herrschaftssystem wie das der Macht des Kapitals oder das der Systemzwänge des kapitalistischen Marktes gibt, und dass es nur eine Menge unterschiedlicher und unverbundener Machtbeziehungen gibt.“ (.....) „Die Menschen mögen heute über Identitäten reden anstatt von Interessengruppen, doch der postmoderne Pluralismus verschleiert ebenso wie seine alten Spielarten die Realitäten der Macht in kapitalistischen Gesellschaften. Er entwapfnet und zersetzt auch den Widerstand gegen den Kapitalismus.“

Ich möchte dem folgende Gegenposition entgegenstellen:

aa) Identität und Interessen sind keine Gegensätze, sondern gehören zusammen. Vor allem sind Interessen nicht ‚natürlich‘ oder schlicht gegebene ökonomische ‚Fakten‘, und Identitäten dagegen nur Schall und Rauch oder Illusionen. Vielmehr sind Interessen [von lat. *inter esse* = dazwischen sein] schon sprachlich etwas (und sie sind auch in der *politischen* Praxis nur in diesem Sinne relevant), das subjektives Überzeugtsein und Engagement impliziert. Die Herausbildung von Identitäten und Interessen geschieht in ein und demselben politischen Prozeß. Das ist die große Lehre von Lenins Ökonomismus-Kritik in *Was tun?*⁴

⁴ Vgl. zu diesem Problembereich: <http://theoriealspraxis.blogspot.de/2009/09/15/warum-ideologie-kein-notwendig-falsches-bewusstsein-ist-und-aus-einer-erkenntnis-nicht-automatisch-eine-bestimmte-politische-haltung-folgt/> sowie Frieder Otto Wolf, *Performierte Identitäten in der Diskussion zwischen Old Labour und Neuen Sozialen Bewegungen* in dem [dort](#) vorgestellten Buch.

bb) Die Darstellung der Postmoderne durch die Verfasser ist ihrerseits zu totalisierend. Nicht alle ‚Postmodernen‘ (oder der Postmoderne Zugeordneten) sind pluralistisch und kennen nur noch eine diffuse „Menge unterschiedlicher und unverbundener Machtbeziehungen“.⁵

cc) Die postmoderne Kritik der Kategorie der „Totalität“ zu verwerfen, ohne Althussers These, daß die Kategorie der „Totalität“ Hegel ‚gehöre‘, Marx aber die des komplex, gegliederten Ganzen⁶, macht es sich auf alle Fälle einfacher als es der Debattenstand erlaubt.

Die These, daß der Kapitalismus ‚total‘ sei, ein System, das seine eigene, vereinheitlichende Logik, seine eigenen Bewegungsgesetze der Gesamtheit der Gesellschaft aufzwingt, ist genau viel oder genauso wenig wahr und sinnvoll, wie die These, daß Patriarchat und Rassismus ‚total‘ seien, daß sie jeweils einer bestimmten ‚Logik‘ folgten, die in der gesamten Gesellschaft zum Tragen komme.

In dem Sinne bzw. in dem Maße, in dem diese Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse tatsächlich ‚total‘ (im schwache Sinne) sind, also sie nicht rein und von einander getrennt existieren, sondern sich gegenseitig beeinflussen und modifizieren, sind sie gerade nicht ‚total‘ (im starken Sinne, daß es nur *eine* die gesellschaftliche Entwicklung bestimmende ‚Logik‘ gebe).

Um es so zu sagen: Die Kategorie der „Totalität“ begünstigt nicht die von Lenin geforderten [konkreten Analysen konkreter Situationen](#), sondern von Engels als hohl kritisierte „[ewige Wahrheiten](#)“.

dd) Richtig ist statt der *mainstream*-postmodernen Präferenz für „Differenz statt Einheit“ und statt der *mainstream*-marxistischen Präferenz für „Einheit ohne Differenzen“ das, was die [linksleninistische Postmoderne](#) vorschlägt: „Einheit, die Differenzen zuläßt (und voraussetzt)“. Ein Bündnis hat nur Sinn und kommt nur zustande, wenn den Beteiligten der Raum gelassen wird, ihre jeweiligen eigenen Motive und Interessen einzubringen und nicht die Einheit jedem ‚Partikularismus‘ der Beteiligten übergeordnet wird.⁷

⁵ Siehe dagegen: <http://theoriealspraxis.blogspot.de/1996/10/10/pluralismus-und-antagonismus/>.

⁶ Louis Althusser, *Ist es einfach, in der Philosophie Marxist zu sein?*, in: ders., *Ideologie und ideologische Staatsapparate* (Reihe Positionen 3 hrsg. von Peter Schöttler), VSA: Hamburg/Westberlin, 1977, 51 - 88 [65]; vgl. Marx ([Einleitung von 1857](#), S. 617 und 631): Das „Allgemeine [...] ist selbst ein vielfach Gegliedertes, in verschiedene Bestimmungen Auseinanderfahrendes.“ (Hv. i.O.). „Es findet Wechselwirkung zwischen den verschiedenen Momenten statt.“

⁷ Vgl. dazu <http://theoriealspraxis.blogspot.de/2010/06/27/bombardiert-das-hauptquartier-der-philosophen-koenige-oder/>: „Der Kommunismus ist [...] kein irdisches Paradies der universellen Gemeinsamkeit, sondern der konkrete und negative Kampf gegen jede Form von Herrschaft und Ausbeutung, keine neue ideale Ordnung; kein Ende der Geschichte. Ich möchte [...] in diesem] Sinne einen Satz von Althusser über den Humanismus meinerseits gegen den Universalismus wenden: Althusser sagte, [das Wort ‚Humanismus‘ tötet den Klassenkampf](#). Der Universalismus [...] tötet ebenfalls den Klassenkampf, tötet feministische Kämpfe, tötet antirassistische Kämpfe. Gesellschaftliche Kämpfe sind Kämpfe zwischen partikularen Interessen; revolutionäre Kämpfe sind Kämpfe, die sich nicht mit einem Kompromiß zwischen Herrschenden und Beherrschten, zwischen Ausbeutenden und Ausgebeuteten bescheiden. Und über den kämpfenden partikularen antagonistischen Interessen steht kein Universelles, das die Antagonismen schließlich einer philosophischen Synthese zuführt.“

Schlußbemerkung

In diesem Sinne möchte ich also sagen: Antikapitalistisch ist nicht revolutionär genug.

Eine neue *antikapitalistische* Organisation mag einige bereits bestehende Grüppchen und Klein-Organisationen zusammenführen, aber sie wird keine gesellschaftliche Dynamik auslösen.

Chance auf eine solche gesellschaftliche Dynamik besteht allenfalls mit einer *revolutionären* Organisation, die sich nicht auf Antikapitalismus konzentriert, sondern auch in Sachen Feminismus und Antirassismus (sowie Ökologie, die aber kein eigener gesellschaftlicher Widerspruch ist) auf der Höhe der Zeit / dem Stand der Diskussion ist.⁸

Als Parallelektüre dürfte sich anbieten (ich habe in einiges auch erst hineingeblättert):

I.

<http://sol-hh.de/images/Broschueren/sol-grundsatzpapier-april2011.pdf>
http://www.perspektive.nostate.net/ueber_uns
http://prp.bplaced.de/wordpress/?page_id=2

II.

<http://8maerz.blogspot.de/images/8maerz.pdf>
http://www.prager-fruehling-magazin.de/article/671_geschlecht-sexualitaet-nur-ein-nebenwiderspruch.html
<http://theoriealspraxis.blogspot.de/2011/05/03/gegen-den-strom/>

III.

<http://theoriealspraxis.blogspot.de/2009/09/29/ich-sag-wies-ist-papier-und-interventionistische-linke/>
<http://theoriealspraxis.blogspot.de/2009/08/25/radikal-interview-mit-der-militanten-gruppe-zu-organisation-des-revolutionaeren-widerstandes-teil-iv-der-rezension-zu-radikal-nr-161/>

⁸ Das hieße dann auch, den Feminismus nicht auf dem Stand von 1975 (der Hausarbeitsdebatte einerseits und Shulamith Firestone andererseits) und dem anscheinend zufällig aufgeschnappten (und einseitig im Sinne von neo-liberalem *gender-mainstreaming* verstanden) Begriff *gender*, um den sich die feministischen Kontroversen seit Mitte der 60er Jahre ranken*, abzukanzeln: „Die aktuellen Erscheinungsformen des Feminismus scheinen uns allerdings für eine Befreiungsperspektive nicht nur vom Kapital, sondern auch vom Patriarchat eher hinderlich als förderlich. Einerseits ein klassenunspezifischer Ultra-Feminismus (Frauen und Männer als ‚Klassen‘, zurückgehend auf Shulamith Firestones „Dialectics of Sex“ 1975). Andererseits ein angepasster ‚Staatsfeminismus‘ der Gender- / Gleichstellungspolitik.“

Was zumindest zur Kenntnis genommen werden müßte, ist, daß jedenfalls anfangs der Anspruch der *Theoretikerinnen* des neueren, queeren Feminismus war, aus der *double blind*-Alternative von biologistischem Differenzfeminismus und reformistischem Gleichheitsfeminismus hinaus zu kommen (vgl. [1](#) und dazu einleitend: [2](#) [zum dortigen Text [2](#)]) – welche Fehler (die dann allerdings konkret aufgezeigt werden müßten, was wiederum Kenntnis des Debattestandes voraussetzen würde) auch immer schon in der ursprünglichen Theoretisierung dieses Ansatzes vorhanden gewesen sein mögen und welche fehlerhafte, instrumentalistisch-interessierte Auslegung dieser theoretische Ansatz in den politischen und kulturellen Praxen der vergangenen rund 20 Jahren erfahren haben mag (einiges davon erschließen die [dort](#) am Ende genannten Texte und die Fußnoten zum ersten Abschnitt des [dort](#) genannten Textes; vgl. außerdem noch [dort](#)).

* Vgl. rückblickend:

Donna Haraway, *Geschlecht, Gender, Genre*. Sexualpolitik eines Wortes, in: Kornelia Hauser (Hg.), *Viele Orte. Überall? Feminismus in Bewegung* (FS Frigga Haug), Argument: [West]berlin / Hamburg, 1987, 22 - 41.

Linda Nicholson: *Was heißt „gender“?*, in: Institut für Sozialforschung Frankfurt (Hg.), *Geschlechterverhältnisse und Politik*, Suhrkamp: Frankfurt am Main 1994, 198 - 220.

Joan W. Scott: *Gender: A Useful Category of Historical Analysis*, in: *American Historical Review*, Vol. 91, Nr. 5, Dec. 1985, S. 1053 - 1075; dt. Übersetzung in: Nancy Kaiser (Hg.): *Selbst Bewußt*. Frauen in den USA, Reclam: Leipzig 1994, 27 - 75.